

Bezugspreis:
Monatlich in Neuendörf RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbereich, sowie im sonstigen In-
landischen Bereich RM. 1.60 mit
Postgebühren. Preis freibleibend.
In Fällen höherer Gewalt behält
sich Anspand auf Wahrung der
Zeitungs- oder auf Wahrung der
Bezugspreis.

Schaltungen nehmen alle Tot-
stellen, sowie Spenturen und
Werbungskosten jederzeit entgegen.
Gesamtpreis RM. 4.
Kontokonto Nr. 24 bei der Oberamts-
Sparkasse Neuendörf.

Der Enztäler

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile mit
beiden Seiten 25 Rp., Kleinanzeigen
50 Rp., Kleinanzeigen 100 Rp.,
Zuschlag. Offerte und Aufnahmefrei-
stellung 20 Rp. Bei größeren
Werbungen Rabatt, der im Falle
des Mahnverfahrens hinfällig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach
Rechnungsdatum erfolgt. Bei
Veränderungen treten sofort alle
Veränderungen außer Kraft.
Bestand für beide Teile ist
Neuendörf. Für teile. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuendörf

Druck und Verlag der Nees'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuendörf.

Nr. 65 Freitag den 18. März 1932 5. Jahrgang

Der Osterburgfriede verfügt

Beschärfung der Polizeijensur für Plakate und Flugblätter

Berlin, 17. März. Amtlich wird mitgeteilt:
Auf Anregung der Oberbehörden der evangelischen und
der katholischen Kirche hat der Herr Reichspräsident eine Ver-
ordnung erlassen, durch die, ähnlich wie es für die Weihnachts-
zeit durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 geschehen ist,
auch für die Osterzeit das innenpolitische Leben betrieht werden
soll.

In der Zeit vom Palmsonntag bis zum Weihen Sonntag,
mittags 12 Uhr, dürfen keine öffentlichen politischen Versamm-
lungen und keine politischen Versammlungen und Auszüge un-
ter freiem Himmel stattfinden. Für die gleiche Zeit ist jede
Art der öffentlichen Verbreitung von Plakaten, Flugblättern
und Flugzetteln politischer Inhalts verboten.

Die Reichsregierung ist nicht gewillt, die in den letzten
Wochen beobachtete maßlose Verhöhnung durch Flugblätter,
die in den Häusern verteilt worden sind, noch weiterhin zu
dulden. Nach den bisher geltenden Vorschriften der Verord-
nung zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen vom 28.
März v. J. brandeten nur solche Plakate und Flugblätter
politischen Inhalts der Polizei zur vorüberigen Kenntnisnahme
mitgeteilt zu werden, die an oder auf öffentlichen Wegen,
Straßen und Plätzen angebracht, ausgestellt, verbreitet oder
der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Namentlich ist
diese Vorschrift dahin ergänzt worden, daß die Verbreitung
auf alle Plakate und Flugblätter politischer Inhalts
ausgedehnt ist, die in irgendeiner Art, also auch durch Ver-
teilung in den Häusern öffentlich verbreitet werden.

Die Genfer Besprechungen über den Donauplan

Genf, 17. März. Die Besprechungen, die über die Pläne
einer Wirtschaftsbilfe für die Donauländer hier in Genf
zwischen den Vertretern einzelner an der Frage interessierter

Länder in diesen Tagen stattgefunden haben, sind größtenteils
abgeschlossen.

Als vorläufiges Ergebnis darf festgestellt werden, daß man
sich namentlich entschlossen hat, die Frage auf diplomatischem
Wege weiterzubehandeln mit dem Ziel, daß zunächst einmal
die vier interessierten Großmächte — Deutschland, Frankreich,
Italien und England — zu einer Vereinbarung zu kommen
finden. Die Frage einer finanziellen Disposition, eventuell
auf dem Wege einer Völkerbundsanleihe, wird zurzeit er-
örtert. Sie dürfte im Rahmen mit dem Finanzkomitee des
Völkerbundes, das zurzeit in Paris tagt, weiterbehandelt
werden.

Die deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Boffe und
Legationsrat von Heeren, kehren wieder nach Berlin zurück.
Sie hatten eingehende Besprechungen u. a. auch mit Vertretern
der französischen Regierung, denen sie den deutschen Stand-
punkt entsprechend dem von der deutschen Regierung getrennt
veröffentlichten Memorandum erläutert haben.

Tardien und der Donauplan

Paris, 17. März. Der Botschafter in Genf betont in
einer offenbar inspirierten Depesche, daß der französische
Donauplan hauptsächlich wirtschaftlichen und finanziellen
Charakter habe. Die Haltung Deutschlands und Italiens sei
nicht überraschend. Wirtschaftlich befinden sich Deutschland
und Italien über Lage nach in einer besseren Stellung, um in
Mitteleuropa Waren zu kaufen oder zu verkaufen, als Eng-
land oder Frankreich. Tardien beabsichtige, mit aller notwen-
digen Schonung, aber auch ohne Verschleppung das Unter-
nehmen fortzusetzen, denn noch immer drohe ein finanzieller
Zusammenbruch in Mitteleuropa. Tardien werde heute seine
Besprechungen mit den deutschen Sachverständigen in Genf
wieder aufnehmen und sie in Paris mit den italienischen Ver-
tretern fortsetzen.

Arbeit für eine Million Arbeitslose?

Das Arbeitsbeschaffungsprojekt des Reichswirtschaftsrats

Berlin, 17. März. Der Reichswirtschaftsrat will 900 000
bis 1 300 000 Arbeitslose wieder in Arbeit bringen; das ist
das Ziel seines Arbeitsbeschaffungsprogramms, dessen Durch-
führung in einzelnen er in einer Denkschrift niedergelegt hat.
Die verschiedenen vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen
Arbeitsprojekte sind folgende:

Die Reichsbahn soll zunächst neben dem laufenden Ar-
beitsbeschaffungsprogramm von 250 Millionen RM, weitere
100 Millionen RM. verwenden zur Ausführung von Repara-
turen und Erneuerungsarbeiten unter Verwendung bereits
vorhandener Schienen und Schwellen. Die Reichspost soll in
den Jahren 1932 und 1933 zusätzliche Aufträge in Höhe von
je 50 Millionen RM. für die Automatisierung des Fernsprech-
systems, Verlegung neuer Kabel und einer Verhärtung des
Automobilverkehrs auf dem Lande begeben.

Der Reichswirtschaftsrat setzt sich weiter für eine um-
fassende Förderung des Straßenbaus ein. Er geht von einer
Ausstellung aus, nach der im Jahre 1929 allein 315 Mil-
lionen RM. für Instandsetzung und 185 Millionen RM. für
Neuanlagen von Straßen verwendet worden sind. Die Kosten
für den Straßenbau erhöhen sich auf das Sechsfache, wenn
nur in einem einzigen Jahr die notwendigen Ausbesserungs-
arbeiten unterbleiben. Der Reichswirtschaftsrat befürwortet
daher Vorschläge, die zwischen 200 und 710 Millionen RM. für
den Ausbau des Straßennetzes zusätzlich verwenden wollen.
Er rechnet dabei damit, daß die für den Straßenbau verant-
wortlichen Körperschaften auch 90 Millionen RM. aus eigen-
en Mitteln anbringen können, so daß im besten Falle 800
Millionen RM. zur Verfügung ständen. Dabei sollen folgende
Ersparnisse zu erzielen sein:

45 Mill. an Unterhaltungs- und Erneuerungskosten,
300 Mill. RM. aus der Entlastung der Arbeitslosenfür-
sorge und durch Regreinnahme an Steuern und Frachten.

Für Hochwasserbeschäden sind in den Jahren 1921 bis 1930
Schadenssummen von 350 bis 400 Millionen RM. von der öffent-
lichen Hand aufgewendet worden. Diese Summen ließen sich
nach der Meinung des Reichswirtschaftsrates ersparen, wenn
100 Millionen RM. für dringende notwendige Regulierungs-
arbeiten verwendet würden, 50 Millionen RM. für einen
weiteren Ausbau der Wasserstraßen und weitere 80 Millionen
Reichsmark für andere damit zusammenhängende notwendige
Arbeiten.

Bei den Vorschlägen für die Durchführung landwirtschaft-
licher Meliorationen denkt der Reichswirtschaftsrat vor allem
an eine Bodenverbesserung und weitere Rationalisierung der
Landwirtschaft. Der Reichswirtschaftsrat betont, daß es eine
große Anzahl baureifer Projekte gebe, für die 100 Millionen
eingesetzt werden müssen, wobei durch härtere Heranziehung
von Arbeitskräften im freiwilligen Arbeitsdienst — der eine
erhebliche Erweiterung nach Meinung des Reichswirtschafts-
rates erfahren könnte — eine wesentliche Verbilligung ein-
treten würde. Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit der-
artiger Unternehmungen sei ein Zusammenwirken der inter-
essierten Kreditinstitute, einfachere Verfahren unter Aus-
scheidung aller Komplexitätsverhältnisse, härteste Prüfung
auf Rentabilität, Zinsverbilligung durch Beteiligung der öf-

entlichen Hand und Heranziehung des freiwilligen Arbeits-
dienstes. Für die Förderung der Landwirtschaft scheint dem
Reichswirtschaftsrat eine bessere technische Ausstattung der
Wolkereien zweckdienlich.

Nach umfassende Dauerparaturen ließen sich durch öf-
fentliche Kredite finanzieren. Zur Verwendung von Wohl-
fahrtsarbeitskräften bei besonders geeigneten Arbeiten emp-
fiehlt der Reichswirtschaftsrat die Förderung einer besonderen
kommunalen Arbeitslosenfürsorge, über deren Organisation
er aber keine näheren Angaben macht.

Die verschiedenen Projekte erfordern folgende Summen
und sollen folgender Zahl von Erwerbslosen Arbeit geben:
Reichsbahn 100 Mill. RM., 30 000 Arbeitslosen;
Reichspost 50 Mill. RM., 15 000 Arbeitslosen;
Straßenbau 200—710 Mill., 100 000 bis 300 000 Arbeits-
losen;
Dachweisschutz 250 Mill. RM., 105 000 Arbeitslosen;
landwirtschaftliche Meliorationen 200 Mill. RM., 120 000
Arbeitslosen;
Landwirtschaft 50 Mill. RM., 10 000 Arbeitslosen;
Dauerparaturen 300 bis 500 Mill. RM., 135 000 bis
225 000 Arbeitslosen.

Was die Finanzierung anbelangt, so lehnt der Reichs-
wirtschaftsrat eine Finanzierung auf Kosten der Reichsbank
ausdrücklich ab; auch eine Vorfinanzierung durch die hiesigen
Banken erscheint ihm unmöglich. Wenn es gelänge, die „ge-
horteten Noten“ für diese Zwecke zu mobilisieren, wie es das
Projekt der sozialdemokratischen Reichstagsaktion will, wür-
den größere Möglichkeiten nach dieser Richtung bestehen. Aber
der Reichswirtschaftsrat beurteilt die Chancen einer solchen
Aktion sehr skeptisch. Statt dessen empfiehlt er die Schaffung
besonderer Finanzierungsinstitute, die der Ertragsfähigkeit
der Arbeitsbeschaffungsprojekte prüfen und die nötigen Mit-
tel durch Schaffung diskontfähiger Papiere besorgen sollen.

Ein Schritt Deutschlands bei der engl. Regierung in der Memel-Angelegenheit

London, 17. März. Der deutsche Geschäftsträger in London,
Georg Bernstorff, ist heute im Foreign Office vorstellig geworden, um
die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die Lage in Memel-
gebiet zu lenken.

Washington und die Kriegsschuldfrage

Washington, 17. März. Senator Reed, der ermahnt
worden ist, auf das schärfste zu dementieren, daß die Regierung
die Kriegsschuldfrage neuerdings zu behandeln wünsche,
hatte darüber mit dem früheren Senator Glass eine Ausein-
anderlegung. Reed erklärte, Hoover wünsche keinen Kriegs-
schuldennachlass, Glass meinte darauf, es könnten Zustände ein-
treten, wenn sie nicht schon eingetreten sind —, die es in
Amerikas eigenem Interesse zwangsläufig mit sich bringen, daß
die Kriegsschuldfrage einer Revision unterzogen werde. Neh-
men Sie an, sagte er, daß die europäischen Staaten glatt
erklären, sie können nicht zahlen, was würden Sie dann tun?
Würden Sie diese Erklärung akzeptieren, oder würden Sie
sie mit einem Krieg beantworten? — „Krieg selbstverständlich
ausgeschlossen!“ war die spontane Antwort Reeds.

Polizeiaktion gegen NSDAP.

Berlin, 17. März. In weit mehr als einem Dutzend von
preussischen Städten — in Berlin allein an über 60 Stellen —
hat die Polizei am Donnerstag vormittag auf Anordnung
durch Polizeifunk Durchsuchungen bei den nationalsozialistischen
Geschäftsstellen und den Büros der Sturmabteilungen abge-
halten. Die Polizei ist sehr gründlich vorgegangen, sie hat
stellenweise über vier Stunden gesucht, um alle irrenden ver-
dächtigen Papiere zu beschlagnahmen. Vermutlich werden
einige Tage darüber vergehen, bis das Material gesichtet ist.

Die Reichsregierung hat sich mit einer Erklärung, daß
sie an der polizeilichen Aktion gegen die Nationalsozialisten
in Preußen völlig unbeteiligt sei, aus der Fernlinie zurück-
gezogen. Ihre Stellungnahme deutet aber darauf hin, daß
an der anderen Seite der Wilhelmstraße offenbar lebhafter Be-
denken gegen das Vorgehen der preussischen Regierung be-
stehen. Diese Bedenken sind in der Tat berechtigt, wenn die
große Staatsaktion sich nachträglich als ein „Vorfällig“ erweist.
Auch die Berliner Presse, soweit sie nicht hundertprozentig
zur Weimarer Koalition steht, ist sehr skeptisch.

Die Aufmarschpläne

Vom preussischen Innenministerium wird dazu mitgeteilt,
daß die polizeilichen Feststellungen ergeben haben, daß am
Wahltag die SA-Formationen in Alarmbereitschaft standen.
Die Anordnung dieser Maßnahme war von der Rüstungs-
Befehlshaber ergangen. Es kann nicht die Aufgabe der preus-
sischen Behörden sein, sich mit dieser Befehlshaber über die
Gründe der „Alarm“-Anordnung auseinander zu setzen. Die
vielfachen Feststellungen der Polizei in fast allen Gebieten des
preussischen Ostens und Nordens lassen keinen Zweifel darüber
aufkommen, daß „Söldner“ in den Vorbereitungen lag, die mit
dem Temperament einzelner Führer nicht erklärt werden können.
Bringt man sie mit den präventiven Neben der nation-
alsozialistischen Führer vor der Reichstagswahl in Ver-
bindung, dann gewinnt man den Eindruck, daß mindestens
viele Gruppen- und Unterführer der SA. ernstliche Gewalt-
maßnahmen ins Auge gefaßt haben.

Im Kreise Oldenburg in Holstein war den Angehörigen
der SA. aufgegeben worden, sich am 12. März für längere Zeit
mit Proviant zu versehen. Der Grund für diese Anordnung
war die Absicht, die SA-Leute auf Kraftwagen nach Berlin
zu transportieren. Ueberall sind denn auch am Wahltag im
südlichen Holstein Zusammenziehungen der SA. in größeren
Trupps zu beobachten gewesen. Wie ernst es der SA. Leitung
mit ihren Plänen gewesen ist, beweisen die Mitteilungen, die
u. a. im Kreise Süd-Landern ein SA-Führer in einer ver-
traulichen Führerbesprechung gemacht hat. Dieser Führer
wies auf die Notwendigkeit schleuniger Aufstellung von SA-
Kerngruppen hin, da ja nun die aktive SA. vom Lande fortgezogen
werden müßte. Denn die aktive SA. müßte den zur Macht
gekommene Führer in den Großstädten unterstützen, da dort
die Polizeikräfte nicht ausreichen. Die aktive SA. würde für
diese Tätigkeit Gewehre aus den Beständen der Polizei er-
halten!

In Flugblättern forderte die NSDAP. die Polizeibeam-
ten auf, weder Gummiknüppel noch Schusswaffen gegen Na-
tionalsozialisten oder SA-Leute anzuwenden. Die Verhaftung
des Schuppelpolizeileutnants Lange und des Polizeiwachtmeisters
Schütz-Weisen hat den Nachweis dafür erbracht, daß auch
die Nationalsozialisten verstanden, Polizeibeamte zum Verant-
wortungsdienstgeheimnissen zu verleiten. In trockenem Widerpruch
zu der vom Führer der NSDAP. sogar beschworenen Ver-
leugnung aller Gewaltpläne stehen auch die bei Angehörigen
der SA. gemachten Waffenfunde.

Diese Feststellungen erfahren noch eine besondere Beden-
tung durch Aufzeichnungen, die vor einigen Tagen bei Durch-
suchungen in Berlin gefunden wurden. Nach den Plänen wurde
eine Einschließung Berlins durch vorher herausgezogene Ber-
liner SA-Einheiten mit Unterstützung der im weiteren Um-
kreis von Berlin in der Provinz zusammengezogenen SA-
Formationen vorbereitet. Auf die gleiche Absicht deutet auch
ein Alarmbefehl der SA. im Gau Sturm Ostmark hin, der der
Polizei in die Hände fiel. Es wird mit einem wochenlangen
Zusammenziehen der SA. dabei gerechnet. Detailliert sind die
Sammelorte für die einzelnen SA-Formationen angegeben,
Anweisungen über Ausrüstungsgegenstände sind angefügt. Vieh-
bestände, Kartoffeln und Erbsen sind durch die SA-Komman-
dos fürerhalten, Bäckereien sind zur Brotherstellung zu be-
setzen. Die Waffen der Landesverteidigung sind von dem
Sturmführer zu beschlagnahmen und beim Transport zum
Alarmammelpunkt mitzuführen.

In den Untertunftsorten, die für die einzelnen Sturm-
bann genau festgelegt und verteilt werden, sollen die Ge-
meindevorsteher und Landräger durch Sonderkommandos fest-
gesetzt, die Fernsprekbüros und Telefone besetzt werden.
Auch im Gau Ostmark der NSDAP. Berlin sind Alarmbe-
fehle gefunden worden, die für den ersten Wahlgang der
Reichspräsidentenwahl vorgesehen waren und auf eine Zer-
stückung von Groß-Berlin abzielten.

Ein Rundschreiben vom Februar dieses Jahres des „In-
spektors der Rotwehrgarde und Staffeln der NSDAP.“ aus
München gibt die Richtlinien und eine ausgearbeitete Karte
für Reichsrelais, das durch Kraftwagen und Motorräder von
Nord- und Mitteldeutschland bis nach München zu organisieren
ist. Dieses Reichsrelais und die dafür ausgegebenen Richt-
linien treten in Kraft, wenn das ausgegebene Stützwort mit-
geteilt wird.

Das Stützwort hieß: „Großmutter gestorden. Max.“
Auf dieses Stützwort hin sollten alle die erlassenen Kriegs-
und Alarmvorschriften in Kraft treten.
Alle diese Vorbereitungen sind schließlich Vorbereitungen
und Rüstungen für den Bürgerkrieg, die von dem Verstand,
nur für Urtauben von kommunistischer Seite zu gelten, nicht



gedeckt werden. Sie sind ein frivoles Spiel mit dem Feuer, dem die preussische Staatsregierung nicht länger zusehen wird. Evidente Versicherungen auf die Legalität der nationalsozialistischen Organisationen können die preussische Verwaltungsbehörden nur dann respekzionieren, wenn die Praxis der NSDAP mit den Fäden der Führer im Einklang steht.

Die preussische Regierung ist jedenfalls nicht gesonnen, lebenden Auges eine Armee auszurufen zu lassen, die nicht nur auf eine Verabminderung der Staatsautorität herausläuft, sondern auch ein ständiges Element der Beunruhigung sein muß.

Eine Erklärung der NSDAP.

München, 17. März. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit:

Das Vorgehen der preussischen Staatsregierung gegen die NSDAP ist ein neuer Versuch, ein Verbot bzw. eine organisatorische Vernichtung der NSDAP und ihrer Einrichtungen, die SA, SS, Hitler-Jugend usw. zu erreichen unter der Behauptung, daß die NSDAP auf gewalttätige Weise sich die politischen Machtmittel im Staate erkämpfen wolle. Die Reichsleitung der NSDAP erklärt, daß dieser Versuch ebenso wie alle bisher unternommenen an der absolut unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der Führer der NSDAP scheitern wird. Adolf Hitler und sämtliche Führer und Unterführer der NSDAP mögen sie an organisatorisch verantwortlicher Stelle stehen wie immer, sollen und werden das politische Ziel der NSDAP auf vollkommen verfassungsmäßigem Wege erreichen. Unsere Gegner organisieren jetzt unter geradezu lächerlichen, von ihnen selbst konstruierten Vorwänden, auf die im einzelnen noch geantwortet werden wird, ein groß angelegtes Kesseltreiben gegen die NSDAP, ihre Führer und Gliederungen. Die Behauptung der Illegalität der NSDAP ist in vollem Umfange einer der Vorwände, auf die gestützt man glaubt, mechanische Maßnahmen gegen die NSDAP noch durchführen zu können.

Protektionstelegramm der NSDAP an den Reichsinnenminister

München, 17. März. Die Reichstagsfraktion der NSDAP hat, einer Mitteilung der nationalsozialistischen Pressestelle zufolge, in einem Telegramm an den Reichsinnenminister Protest gegen die Durchführungen der preussischen Gerichte der NSDAP erhoben. Die Pressestelle erklärt, die Partei habe von allen maßgebenden Unterführern der Partei eine Erklärung Hitlers über die „absolute Gesetzmäßigkeit und Legalität der Absichten und des Vorgehens der Partei und ihrer gesamten Gliederungen“ unterzeichnet lassen. Diese Dokumente seien noch heute nach Berlin geschickt worden und würden morgen durch Hauptmann Goering dem Reichsinnenminister überreicht werden.

Adolf Hitler erklärt die Konzentration der SA- und SS-Formationen

München, 17. März. Nunmehr hat sich auch der Führer der NSDAP Adolf Hitler zu der preussischen Aktion gegen die illegalen Pläne geäußert. Er erklärt, durch diesen „nach alten Rezepten aufgelegten Verhaftungs- und Beschlagnahmeplan“ solle der Öffentlichkeit die Meinung suggeriert werden, die NSDAP und ihre Organisationen verabschlüssigten, ungesetzliche Maßnahmen in einem Augenblick zu ergreifen, da die legale Entwicklung ihr bereits die Stellung der härtesten Partei Deutschlands gegeben habe.

Zu der Konzentration der SA- und SS-Units in der Woblnacht bemerkt Hitler, diese Anordnung sei bisher noch bei jeder Wahl durchgeführt worden, um das Abschließen einzelner oder mehrerer SA- und SS-Männer durch die Genossen der Partei des Herrn Minister Severing, des Reichsbanners, der Offiziere Front und der ihnen zugehörigen und wohlverwandten Kommune zu verhindern. In der Tat sei auch die Nichtigkeit dieser Maßnahmen dadurch erwiesen, daß den sozialdemokratischen und kommunistischen Vorkandidaten am letzten Wahltag weniger Stimm als sonst zum Opfer gefallen wären.

Im übrigen erklärt Hitler, er habe von dieser Konzentration dem Reichsinnenminister eine Woche vorher Kenntnis gegeben. Außerdem läßt er erklären, daß nach den Erhebungen seiner Parteiführer die Unhaltbarkeit der Beschlagnahmungen des Herrn Severing aufgetreten sei; er werde am Freitag durch seinen Stabschef der Öffentlichkeit den Beweis dafür und für die unbedingte Gesetzmäßigkeit der NSDAP und ihrer Handlungen liefern.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 16. März. Der Landtag beendigte in seiner heutigen Sitzung die zweite Beratung des Sparfahrgesetzes, wobei besonders die Notwendigkeit betont wurde, die Sparfahrgesetze absolut sicher zu stellen. Angenommen wurde eine vom Staatspräsidenten als überflüssig bezeichnete, von den Abgeordneten Gengler (B.), Darmann (D.B.) und Odenland (D.B.) beantragte Entschließung, wonach die Unabhängigkeit der Rechnungsprüfer der Württ. Finanzzentrale von der Verwaltung sichergestellt werden solle. Dann folgte die 2. Beratung des Gesetzesentwurfs über die Sicherung des Haushalts der Stadtgemeinde Bödingen. Der Entwurf stellt, wie Berichterstatter Kühle (Z.) ausführte, nur eine Übergangslösung dar mit dem Ziel, wirksame Verwaltungsvereinfachungen und Ersparnisse durchzuführen, sowie die Deckung des Mehrlöhns der Stadt Bödingen im Voraus auf mehrere Jahre sicherzustellen. Der Vorschlag zu einem engeren Zusammenwirken der beteiligten Gemeinden soll so den Boden für die Vereinigung von Bödingen mit Heilbronn vorbereiten. Nach Art. 1 ist der ungedeckte Abmangel im Haushalts der Stadtgemeinde Bödingen, der für den Schluß des Rechnungsjahres 1931 in Aussicht zu nehmen ist, zur Hälfte von der Stadtgemeinde Heilbronn und zu je einem Fünftel von der Amtkörperschaft Heilbronn und der Gemeinde Sontheim zu übernehmen. Den Restabmangel trägt der Staat. Der Abg. Dr. Bruchmann (Dem.) erklärte, daß sich Heilbronn um die Eingemeindung von Bödingen nicht drücken wolle, aber sie sei nicht tragbar, wenn nicht zugleich Sontheim miteingemeindet werde. Die Wirtschaftslage von Heilbronn sei ebenfalls schlecht. Heilbronn werde im Jahr 1932 eine Umlage von 15 auf 20 Prozent erheben müssen. Der Redner beantragte dann zu der Gesetzesbestimmung, wonach sich Heilbronn in den Jahren 1932-1934 an dem Restabmangel von Bödingen mit wenigstens 12.000 Mark beteiligen soll, daß ein etwa weiterhin verbleibender ungedeckter Abmangel, soweit er nicht durch eine Erhöhung der Gemeindefinanz in Bödingen bis auf 28 v. H. der Ertragsfaktoren ausgeglichen wird, von der Stadtgemeinde Heilbronn mit 60 Prozent, von der Gemeinde Sontheim mit 10 Prozent, vom Staat mit 30 Prozent zu tragen ist. Durch einen Eventualantrag Bruchmann soll der Zuschuß des Staates auf jährlich 12.000 Mark Höchstleistung begrenzt werden. Staatspräsident Dr. Holz wies darauf hin, daß die Schulden Bödingens 2 Millionen betragen und daß Bödingen in diese Lage kam, weil es eine reine Arbeiterwohngebietsgemeinde neben der Industrie- und Handelsstadt Heilbronn ist. Der Abg. Köhler (Z.) erklärte die Zustimmung seiner Partei zu dem Entwurf, weil er eine Stütze zu der Spätphase in drei Jahren zu erzielenden Eingemeindung sei. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Gengler (B.), Dr. Strödel (D.B.), Rath (D.B.), Schorr (Dem.), Dr. Bruchmann (Dem.) und Köhler (Komm.), der den Antrag stellte, daß der Staat den ganzen ungedeckten Abmangel von Bödingen übernehme, wurde dieser kommunalfiskale Antrag abgelehnt. Abgelehnt wurden auch die beiden Anträge Dr. Bruchmann und zwar in namentlicher Abstimmung mit 26 Nein und 8 Enthaltungen gegen 20 Ja-Stimmen. Enthaltungen übten als Nein. Für den Antrag stimmten Demokraten, Sozialdemokraten, die Kommunisten und Dr. Burger. Die einzelnen Artikel wurden angenommen, schließlich in dreier Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten das ganze Gesetz, das am 1. April 1932 in Kraft tritt.

Stuttgart, 17. März. Der Landtag stimmte in seiner heutigen Sitzung dem Anhaltengesetzentwurf betr. Auflösung des Landtags zu. Darnach endet die Wahlperiode am 20. Mai 1932 gewählten Landtag am 9. Mai 1932. Zur einer kritischen Ansprache führte die Große sozialdemokratische Anfrage betr. die Gründung einer Württembergischen Bank unter Beteiligung des Staates. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte zunächst seine Bereitwilligkeit, im Finanzauschuß Aufklärung zu geben, sobald die mit der württembergischen Wirtschaft und den maßgebenden Berliner Stellen schwebenden Verhandlungen abgeschlossen sind. Der Abg. Keil (Soz.) wies dagegen darauf hin, daß es den guten Gesplogenern widerspreche, den Landtag vor vollendeten Tatsachen zu stellen. Finanzminister Dr. Dehlinger erwiderte, daß die Angelegenheit im jetzigen Zustand keine Besprechung in der Öffentlichkeit ertrage. Darauf sagte der Abg. Keil, daß der Minister die Möglichkeit, den Finanzauschuß vertraulich zu un-

terrichteten, schon längst gehabt habe. Finanzminister Dr. Dehlinger antwortete, es habe seit den letzten Besprechungen keine Sitzung des Finanzauschusses stattgefunden. Von einer Gründung des Landtags sei keine Rede. Bei der dritten Lesung des Sparfahrgesetzes erzielte der Abg. Dage (D.B.) einen Erfolg, indem folgende von ihm beantragte Entschließung angenommen wurde: Um das Vertrauen zu den öffentlichen Sparfassen möglichst zu heben und wiederherzustellen, wünscht der württ. Landtag, daß die Regierung in Gemeinschaft mit den Sparfassen und Organisationen der Sparfassen einleger eine Verbesserung der Sparfassenverwaltung nach dem Vorgang der sächsischen, preussischen, hamburgischen usw. Regelung anstrebt. In der Schlußabstimmung wurde das Sparfahrgesetz gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Abdann wurden die Anträge des Abg. Bauser (D.B.) betr. Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit behandelt. Der Abg. Schmed (Komm.) wandte sich dabei gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der Abg. Weimer (Soz.) bezeichnete die Anträge als praktisch undurchführbar, während der Abg. Dr. Dölscher (D.) die Arbeitsdienstpflicht als einen Weg und ein Mittel zur Befreiung Deutschlands von der Sklaverei bezeichnete. Der Abg. Bauser (D.B.) begründete eingehend seine Anträge und hob hervor, daß die Arbeitsdienstpflicht kommen müsse. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Kling (C. Vd.) und Stooß (D.B.) wurden die Anträge Bauser betr. ländliche Siedlung, freiwilliger Arbeitsdienst und Preisbindung angenommen. Eine Eingabe des Württ. Beamtenbundes betr. Aufhebung der Sonderbelastung der württ. Beamtenchaft wurde der Regierung zur Berücksichtigung übergeben. Ein sozialdemokratischer Antrag betr. Rückgängigmachung der Herabsetzung der Holzhausbauer wurde mit 29 Enthaltungen gegen 2 Ja-Stimmen abgelehnt, ein weiterer sozialdemokratischer Antrag betr. die Affordörpe der Holzhauser mit 28 Enthaltungen gegen 2 Ja. Abgelehnt wurden auch kommunalfiskale Anträge zu demselben Gegenstand, angenommen dagegen ein Antrag Bauser (D.B.) und Kling (C. Vd.), den sozialdemokratischen Antrag der Regierung zur Erhöhung zu übergeben. Auf der Tagesordnung der morgigen 169. und letzten Sitzung dieses Landtags steht die Beratung über die Errichtung einer neutralen Schiedsstelle.

Der Holzmarkt

Stuttgart, 17. März. Obwohl der Waldbesitz in den letzten Monaten den Einkauf bedrängt und obwohl die Einfuhr von Bau- und Nagelholz im Jahre 1931 um 47 Prozent niedriger war als im Vorjahr, überstieg das Angebot immer weitens die Nachfrage. Infolgedessen drückt selbst die stark gesunkene Einfuhr auf dem Markt. Am Inlandmarkt erreichte der Holzbedarf am Baumarkt infolge der starken Schrumpfung der Bauaktivität nur etwa ein Fünftel des Vorjahresumsatzes. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Rohlenförderung ist lt. „Waldbote“ der Verbrauch von Grubenholz weiter gesunken. Die Produktion von Holz- und Zellstoff war um 22 Prozent niedriger als im Vorjahr, jedoch ist der Bedarf an Papierholz bei den noch verhältnismäßig hohen Lagerbeständen beträchtlich verringert. Die Umwandlungsfähigkeit in der Holzverarbeitung Industrie hat seit Dezember erheblich stärker als in früheren Jahren nachgelassen. In der Sägewirtschaft verdrängten die Abfallhöckerleistungen, jedoch die Beschäftigung stärker sank, als es der Saison entsprach. Die für die kommenden Monate schonmäßig zu erwartende Belegung der Holzwirtschaft dürfte sich im Zusammenhang mit der starken Drosselung der Bauaktivität und der rückgängigen Nachfrage nach Holz nur in engen Grenzen halten. Rohlenhandel konnte meist nur in kleineren Mengen abgesetzt werden. Am Schwarzwald, Mittel-, Nordost- und Unterland zwischen 40 und 50 Prozent, in Oberland und Oberbayern zwischen 35 und 40 Proz. der Landesgrundpreise. Starke Fortschritte von guter Beschaffenheit wurden mit 50-60 Prozent bewertet. Papierholz ist verunsichert. Wenige Abschläge wurden auf der Grundlage von 40-45 Prozent der Landesgrundpreise getätigt. Überaus ungünstig ist der Abfall von Stangen. Die Erlöse schwanken hier zwischen 60-100 Prozent der Landesgrundpreise. Auf dem Laubholzmarkt sind wenig Veränderungen zu verzeichnen. Für Eichenhammholz hört man Preise zwischen 70 und 100 Prozent, die mittleren Preise bewegen sich zwischen 75-90 Prozent. Rotbuche von einwandfreier Beschaffenheit wurde mit 70-80 Prozent bewertet. Eichenhammholz war zu Preisen zwischen 75 und 90 Prozent veräußert. Für die übrigen Laubholzarten hörte man Erlöse zwischen 65 und 80 Prozent der Landesgrundpreise.



URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(31. Fortsetzung.)

„Nie... nie... sprich er davon! Oh, er wollte nicht, daß Sie es wissen! Er wollte vor Ihnen frei dastehen, um Herr über seine Entschlüsse zu bleiben! Sie sind ja so reich, Lady... ich weiß es... so reich... und er...“
Schnell fiel Iris ein. „Gerücht waren ihre Wangen und ihre Augen brannten.“
„Schmähen Sie ihn nicht! Verflüchten Sie sich nicht, Fräulein Thulle... er ist treu!“
„Sie verteidigen ihn!“ Hektischer wurde das Mädchen's Jörn. Er raubt ihr die klare Besinnung und sie redete sich förmlich in den Jörn hinein. „Sie verteidigen ihn... weil... weil Sie ihn lieben! Sie... Sie haben alles, alles, was das Leben einem Menschen geben kann. Ich... ich bin so arm... ich habe nichts als mich, als mein Herz, das nur für ihn schlägt... und Sie nehmen mir ihn!“
„Nein... ich nehme Ihnen nichts! Ich will, daß er mir hilft... aus dem Leuten heraus... durch die schlimmste Not! Ich bin ja so viel ärmer als Sie!“
„Sie... und arm! Schmach und Schande hat er auf sich genommen, als er in Ihrem Hause war, für Sie gelitten hat er und nicht danach gefragt, was die Menschen denken, ob sie mit Fingern auf ihn zeigen und er hat nicht an mich gedacht, immer nur an Sie... an die... die Kameradschaft mit Ihnen! Nicht an mich! Das kann ein Mann nur, wenn...“
„Sprechen Sie nicht weiter!“ rief die Lady auf.
„... nur... ichrie Daniela außer sich... nur, weil er... Ihr Bester ist!“
Jetzt war es heraus.
Die beschimpfte Frau hatte sich totentbläht erhoben. Ihre Augen loderten auf.
„Gehen Sie, Fräulein Thulle, gehen Sie! Sie sind... klein, erbärmlich klein und Ihre ganze Liebe ist ohne Glauben! Gehen Sie!“
Daniela erhob sich. Die Blicke der beiden Frauen trafen sich.
Feindschaft war in Danielas blauen und Jörn in Iris braunen Augen.

Dann ging das Mädchen grüßlos.
Als die Tür hinter ihr zuschlug, sank das gequälte junge Weib zusammen und weinte bitterlich.

Wie von Furtien gehebt, strebte Daniela dem Ausgang zu. Sie lief die mit Teppichen belegten Treppen hinunter nach dem Vestibül. Dort schrak sie entsetzt zusammen.
Eben trat Berndt durch die Türe und sah sie.
Die beiden Menschen standen voreinander.
„Dana... du hier! Hast du mich gesucht?“
„Nein!“ entgegnete das Mädchen scharf. „Ich habe dich nicht gesucht! Ich... war bei Lady Durham... ich wollte dich freitellen!“

Tiefe Bestürzung malte sich auf Berndts Zügen.
„Bei Lady Durham warst du? Dana, du zweifelst an mir?“
„Ja!“
„Du glaubst nicht an mich?“
„Nein... nein... und abermals nein! Böge ist alles, was du mir gesagt, was du mir geschworen hast! Du zehst vor mir... und ich... ich mache mich frei! Alles oder nichts!“

Berndt sah das Mädchen's Hand und sah sie lange ernst an.
„Das... ist deine Liebe?“
„Ich liebe dich nicht mehr!“
„Liebst nicht... mehr! Dana, ist das dein starkes Herz?“
„Hüte dich... oh, sei barmherzig, läge jetzt nicht, denke an deine tote Mutter! Du liebst Lady Durham... so, wie sie dich liebt! Sie liebt dich... ja, sie hat es mir gesagt. Du bist ein Mann, ein Mensch wie alle... wie alle! Aus dem Mitleid wurde Liebe. Nie hast du ihr ein Wort gesagt, daß dein Herz gebunden ist... nie... nie! Warum tatest du es nicht?“

„Soll ich jedem Menschen das Heiligum meines Herzes zeigen?“
„Das Heiligum... oh, wie gut du reden kannst! Wenn es so wäre, dann wärest du längst von der Frau gegangen, die... die nur Schande auf dich gebracht hat. Geh... geh doch von ihr! Komm mit mir, jetzt, stehenden Fußes... dann will ich versuchen, dir zu glauben.“
Des Mannes Gesicht war ebern geworden.

In seinen Augen stand ein heiliger Jörn. Die Worte des Mädchens hatten ihn im Tiefsten erniedrigt. Sein ganzer Mannestrotz brach aus ihm.
„Nein!“ sagte er einfach. „Ein Wort ist ein Wort!“
Sie ließ ihn stehen und schritt zur Tür, wandte noch einmal das Haupt und rief ihm heftig zu:

„Dann... leb wohl! Werde glücklich mit... mit deiner Geliebten! Unsere Wege trennen sich!“

Und sie ging.
Berndt Groß, der Aufrechte und Ehrliche, in dessen Herz kein Falch war, sah ihr lange nach.
Dann sank sein Haupt nieder. Unbeweglich stand er und kämpfte den bittersten Kampf seines Lebens.
Sein Herz rief ihn an, der Geliebten nachzugehen und sein heiliger Mannestrotz stemmte sich dagegen. Er schämte sich untagbar, da sich Daniela vor ihm erniedrigt hatte, und er war entsetzt, da so wenig Glauben in ihr war.

Blödsinnig lächelte er eine Hand auf seiner Schulter.
Er wandte sich um und sah in das gültige Antlitz des alten Jörn.
„Herr Berndt, das Haus Durham bringt Ihnen toniel Bortern!“
Berndt sah ihn müde an, dann redete er sich und rief sich zu sammen.
„Nicht das Haus Durham... das Leben, Jörn... immer ist es das Leben.“

Um die Mittagshunde leuchteten Lord Umberto und Lord Segrave ihren Landsmann Lord Durham, um sich die endgültige Zulage zu holen.
Aber Lord Durham erklärte, daß er sich mit dem Angebot nicht einverstanden erklären könne und verlangte Iris' volles Vermögen, das gesamte Erbe, einschließlich der Gewinne, die durch Transaktionen mit Lady Violas Vermögen erworben worden waren.

Die beiden Unterhändler kamen in Aufregung.
Heftig wedelte Ede und Gegenrede.
Aber alle Vorstellungen nützten nichts. Lord Durham gab nicht nach und nach zwei Stunden trennte man sich ohne einen Schritt weitergekommen zu sein.
Gegen Abend wollten sie wiederum zu Lady Iris, um neue Verhandlungen in die Wege zu leiten.

Berndt hatte sich auf sein Zimmer zurückgezogen.
Trotz und Liebe kämpften in ihm.
Und die Liebe war stärker.
Heber eins kam er nicht hinweg: Er konnte nicht lahmer fröhlich werden, er vermochte es jetzt nicht, Lady Iris ihrem Schicksal zu überlassen. Es war ihm eine heilige Pflicht, noch auszuharren und wenn es der ganzen Welt zum Trost auf wefen wäre.
Aber er fand keine Ruhe im Haus.
(Fortsetzung folgt.)



Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Der Hochdruck, der bisher die Wetterlage beherrschte, hat sich stark abgeschwächt. Für Samstag und Sonntag ist mehrfach bedecktes, aber höchstens zu leichten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 17. März. Wie aus dem derzeitigen Wochenprogramm des Süddeutschen Rundfunks zu ersehen ist, ist der Sängerbund Birkenfeld auf Samstag, den 19. März, nachmittags 2 Uhr, für die Stunde des Chorgesangs festgelegt. Der Verein hat leider nicht die Möglichkeit, diesem Termin zu entsprechen, da ein großer Teil seiner Sänger zu dieser Zeit durch berufliche Tätigkeit in Anspruch genommen ist. Die Leitung des Vereines hat deshalb an die Rundfunkleitung das Ersuchen um Programmänderung gestellt, welchem dahingehend entsprochen wurde, daß nunmehr ein neuer Termin und zwar am Oster Sonntag, den 27. März, nachm. 11 Uhr 30, festgelegt wurde. Nach dem Wunsche des Vereines, die Aufnahme durch das Mikrophon möglichst in der Birkenfelder Turnhalle vorzunehmen, soll entfallen werden, jedoch findet zu diesem Zwecke im Laufe der nächsten Woche noch eine nähere Prüfung statt.

Herrnab, 17. März. Dr. Ing. Hubert M. Buch, der gegenwärtig seine Piloten-Prüfung in München ablegt, überflog heute nachmittags nach einer Landung auf dem Flugplatz Karlsruhe in sehr geringer Höhe seine Vaterstadt. Unsere herzlichsten Wünsche für glückhafte Fahrt!

Schneeberichte

Sommerberg. Schneehöhe 10-15 Zentimeter, leicht verweht, 4 Grad Kälte, Himmel bedeckt, Nordwestwind, Schilbahn fahrbar ab Bergbahnstation.

Grainbütte. Schneehöhe 20-30 Zentimeter, verweht, 4 Grad Kälte, Himmel bedeckt.

Döbel. Schneehöhe 12 Zentimeter, verweht, Himmel bedeckt, 2 Grad Kälte, Schilbahn fahrbar.

Württemberg

Stuttgart, 17. März. (Wintersport.) Wie uns vom Schwäbischen Schneelaufbund mitgeteilt wird, wird am kommenden Sonntag den 20. März der Ostlauf in Oberkochen, sowie ein verbands-offenes Springen in Laichingen durchgeführt. Der Mannschaftswettbewerb fällt aus.

Stuttgart, 17. März. (Selbstmord.) In einem Hause der Bahlinger Straße brachte sich am Abend ein 35 Jahre alter Mann Selbstverletzungen an beiden Armen bei. Er ist nach kurzer Zeit den erlittenen Verletzungen erlegen.

Stuttgart, 17. März. (Beschlagnahme der Süddeutschen Arbeiterzeitung.) Von jugendlicher Seite wird mitgeteilt: Die Nummer 33 der Süddeutschen Arbeiterzeitung vom 17. März ist auf Grund von § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 2 der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen beschlagnahmt worden.

Stuttgart, 17. März. (Auswanderungsagentur.) Nach einer Bekanntmachung des Innenministeriums ist die dem Kaufmann Walter Gottlieb Thomas in München, Kronprinzstraße 43-II von der Regierung von Oberbayern in München erteilte Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb als Auswanderungsagent der United States Lines Inc. in Dover (N.E.A.) auf das Land Württemberg ausgedehnt worden. Gleichzeitig ist die Agentenerlaubnis widerrufen worden, die dem Kaufmann Willy Kalländer in Stuttgart erteilt worden ist.

Stuttgart, 17. März. (Schlachthausgebühren.) In einem Erlaß des Innenministeriums wird auf die Grundzüge des § 4 der Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. den Verkehr mit Schlachtvieh und Ferkeln, vom 1. Februar 1932 verwiesen, nach denen bei Bemessung der Höhe der für die Benutzung der öffentlichen Schlachthäuser zur Erhebung kommenden Gebühren (Schlachthausgebühren) zu verfahren ist. Die durch die Notverordnungen erzielten Einsparungen an Betriebskosten beizubehalten allgemein eine Nachprüfung der Gebührenhöhe. Dem scheint bislang nicht überall Rechnung getragen worden zu sein. Die Aufsichtsbehörden werden beauftragt, das etwa Erforderliche einzuleiten.

Reutlingen, 17. März. (Eideschwur mit dem Motorrad.) Gestern abend um 7,7 Uhr ließ ein mit zwei Reichswachtangehörigen besetztes Motorrad, das durch die Degerichlacher Straße dem Gmündersdorf zufuhr, mit großer Wucht auf einen von der Lohmüllertstraße in die Altesbachstraße fahrenden Lastkraftwagen auf. Die Folgen waren schwer, denn dem Fahrer des Motorrad wurde die Schädeldecke zertrümmert und das Gehirn herausgeschleudert, das in einzelnen Klumpen mit Teilen der Schädeldecke mitten auf der Straßenebene herumlag. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Besatzer des Motorrades blieb wie durch ein Wunder unverletzt. Er trug lediglich eine starke Prellung des rechten Armes davon. Die Wacht des Zusammenstoßes kann daraus ersehen werden, daß das Motorrad nach dem Zusammenstoß mit dem toten Fahrer noch in gerader Richtung 15-20 m fortgeschickte. Bei dem Tode handelt es sich um den 39jährigen, ledigen Anton Kahlreiber, Degerichlacher bei der Reichswacht, der aus dem Gmündersdorf gebürtig ist.

Kreibeim u. T., 17. März. (Flugzeugabsturz.) Zwischen Kirchheim und Nibers Nibers heute nachmittags kurz nach 3 Uhr der Heinkel-Doppeldecker V 641 von der Verkehrsfliegerstaffel Scheibheim infolge Motorrechts ab. Das Flugzeug befand sich offenbar auf dem Wege von Böblingen nach München, von wo es heute früh nach Würzburg startete, um dann von dort über Böblingen nach Scheibheim zurückzufahren. Bei dem Absturz wurde das Flugzeug stark demoliert, während der 23 Jahre alte Pilot Herbert Grenz aus Giesleben verhältnismäßig glimpflich davonkam. Wie man erfährt, ist außer unbedeutenden Verletzungen im Gesicht nur ein Unterarmverbruch festgestellt worden. Leute, die in der Nähe Feldarbeiten verrichteten, verständigten sofort die Polizei und sorgten für Bedienung des Verunglückten ins hiesige Krankenhaus.

Göppingen, 17. März. (Ein Kind ertrunken.) Gestern mittags ereignete sich in Abingen ein schwerer Unfall. Der 5 Jahre alte Sohn

Josef Wogner spielte am Filsufer mit einigen Kameraden. Dabei fiel er in die durch die Schneeschmelze hochgehende Fils. Gerade an der Unglücksstelle mündet der auch angeschwollene Blaubbach in die Fils. Seine Spielkameraden ließen ihn im Stich und sprangen davon. Bis Hilfe kam, war der Knabe etwa 200 Meter flussabwärts getrieben worden. Am Oberen Steg konnte er von einem Mann herausgezogen werden. Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos.

Chingen a. D., 17. März. (Ueberfall auf einen Bürgermeister.) Bürgermeister Steine von Altbiedlingen wurde am Dienstag gegen 9 Uhr abends auf dem Wege von Berg nach Altbiedlingen plötzlich von zwei Männern überfallen und mit Beugeln gefesselt, wobei ihm einer den Fuß abschlug. Der Verletzte schleppte sich unter großen Schmerzen ins Dorf und wurde, als keine Hilfe zu sehen war, nach Hause getragen. Die Täter konnten bis jetzt nicht ermittelt werden, auch wurden sie von dem Ueberfallenen nicht erkannt. Welche Beweggründe zu dieser Tat führten, ist unbekannt. Bürgermeister Steine ist als fleißiger Bürgermeister bekannt und genießt weit über seine Gemeinde hinaus großes Vertrauen.

Vom Ries, 17. März. (Aus Unvorsichtigkeit erschossen.) Der bei dem Bürgermeister in Rietloch beschäftigte Ludw. G. Köhler handelte mit einem Revolver. Dabei ging ein Schuß los, der die Dienstmagd Anna Frank von Blofenau so unglücklich traf, daß sie auf der Stelle tot war.

Handel und Verkehr

Stuttgart, 17. März. (Schlachtlehmarkt.) Dem Donnerstagmarkt am Städtischen Vieh- und Schlachtlehmarkt wurden zugeführt: 4 Ochsen (auverhoast 1), 4 Bullen, 24 (4) Jungebullen, 48 Kühe, 33 (3) Rinder, 290 Kälber, 457 (10) Schweine. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen -, Bullen a 24-25 (flecker Markt: uno.), b 22-23 (uno.), c 19-21 (uno.), Kühe -, Rinder a 33-35 (uno.), b 27-31 (27 bis 30), c 22-25 (uno.), Kälber b 41-43 (38-41), c 30-39 (34 bis 37), d 30-34 (29-37), Schweine b vollfleischig von 240-300 Pfd. 41-43 (42-43), c von 200-240 Pfd. 40-42 (41-42), d von 160-200 Pfd. 38-39 (39-40), e fleischig von 120-160 Pfd. 35 bis 37 (36-38). Sauen 29-34 (30-35) Pfd. Markterlauf: Großvieh langsam, Kälber bebt, Schweine ruhig.

Letzte Nachrichten

Berlin, 17. März. Gegen das Gebäude des hiesigen Generalkonsulats von Litauen wurden drei junge Burken einige Steine, eine Fensterscheibe wurde zertrümmert. Einer der Täter wurde von der Polizei festgenommen. Die Täter hatten kurz zuvor mehrere Berliner Zeitungsredaktionen angegriffen und ihnen mitgeteilt, daß drei Mitglieder der radikalen Straßer-Gruppe ein Attentat auf das litauische Generalkonsulat begehen würden.

Stettin, 17. März. Kurz vor 2 Uhr brach in dem Lager der großen Tankanlagen der Dapelin-Gesellschaft in Stettin Feuer aus. Durch günstige Windrichtung ist ein Uebergreifen des Feuers auf die eigentlichen Tanks vorläufig nicht zu befürchten. Die gesamte Feuerwehr Stettins mit Unterstützung der Altstädter Freiwilligen Feuerwehr bekämpft aus zahlreichen Schläuchleitungen den Brand. Das Feuer ist vermutlich bei der Ausführung von Schweißarbeiten entstanden. Die Belegschaft der Anlage verhält sich ruhig, alle erreichbaren feuergefährlichen Gegenstände, wie Öl- und Petroleumfässer herauszuschaffen.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Schriftleitung die redaktionelle Verantwortung.)

Nachfrage zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Mit einer überwältigenden Vertrauensstimmgebung weitester Kreise des deutschen Volkes für den Reichspräsidenten von Hindenburg hat der erste Gang zur Reichspräsidentenwahl geendet. Dem bisheriger bewährten Präsidenten des deutschen Volkes fehlen nur etwa 150 000 Stimmen für die notwendige absolute Mehrheit und keiner der anderen Kandidaten ist Hindenburg auch nur annähernd so nahe gekommen, so daß der Ausgang des zweiten Wahlganges keinen Augenblick zweifelhaft ist. Sollte übrigens die Volkrechtspartei in ihrer Unentschlossenheit nicht die Parole einer Wahlenthaltung ausgeben, so wäre die absolute Mehrheit für Hindenburg schon im ersten Wahlgang unzweifelhaft gewesen.

Man muß sich die Ergebnisse des ersten Wahlganges gegenwärtig, um den Mißerfolg der Gegner Hindenburgs richtig zu erkennen, trotzdem die Anstrengungen derselben ganz gewaltig waren. Von ihnen hatten die Nationalsozialisten seit mehreren Wochen die umfangreichste Werbetätigkeit entfaltet. In nach vielen Tausenden zählenden Versammlungen (die NSDAP. hatte im Reich während des Wahlkampfes doppelt so viel Wahlversammlungen abgehalten, als die Parteien der Weimarer Koalition, die hinter Hindenburg stand, zusammen) ging ein Trommelfeuer über alle deutschen Gaue nieder und fast landauf landab, namentlich in Randgemeinden wurden Wahlversammlungen in Zeitabständen von nur 8 Tagen und wenig mehr abgehalten und eine Hochflut von Flugblättern und Bannlaten schwall bis zum Wahltag ins Ungemessene an, denn das Ziel all dieser mächtigen Anstrengungen war, Hitler zum Sieg zu führen. Die Nationalsozialisten, denen es allerdings dank dieser mächtigen Anstrengungen auch gelungen ist, die zugunsten ihres Führers Hitler abgegebene Stimmenzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl zu erhöhen, sind aber von der erträumten Machtgreifung im Staat noch weit entfernt. (Daß mit dieser Machtgreifung und einem Sieg Hitlers im Nationalsozialismus-Lager bestimmt gerechnet wurde, läßt das in der vorerzählten Nummer dieser Zeitung veröffentlichte Eingekaufte „Wahlbetrachtung“ klar

durchblicken, durch das sich der Einsender über die erlebte Enttäuschung hinwegzuhelfen sucht, indem er die Benützung des Kundpunkts durch Reichspräsident von Hindenburg und durch Reichskanzler Brüning als kein faires Spiel, keinen ritterlichen Kampf bezeichnet, dabei aber ganz außer Acht läßt, welche unritterliche Propaganda gegen den bisherigen Präsidenten und gegen die Regierung Brüning angewendet wurde. Lieber Einsender! Sei nicht so erbost und sieh Dir mal Dein großes Vaterland an, das nach dem Wahlergebnis also noch lange nicht gewillt ist, sich von der nationalsozialistischen Dampfwalze zertreten zu lassen, ohne Beweise zu bekommen, daß bei der Führung unseres 60 Millionen-Volkes die Nationalsozialisten wirklich in der Lage sind, die zwei großen Unterschiede von Theorie und Praxis lückenlos zu überbrücken.)

Wenn man natürlich dieses gefeldte Ziel und den wirklich schönen Traum der Nationalsozialisten mit in Betracht zieht, hat der erste Wahlgang mit einer unbestrittenen Niederlage für sie geendet.

Der deutschnationale Führer Eugenberg, der mit der Kandidatur des Stahlhelmführers Dühring eine böse Enttäuschung hinnehmen mußte, versucht nun mit seinem Vorschlag auf Verzicht des zweiten Wahlgangs, aber Reichstags-Neuwahlen, die erlittene Niederlage rasch zu verwischen. Die einst so hoffnungsvolle Dargburger Front ist vernichtet und Hitler mit seinem getreuen Stab wird auf eine von Eugenberg so sehr angeordnete Einheitskandidatur für den zweiten Wahlgang (man hat dabei nicht an Hitler gedacht, sondern an eine andere Persönlichkeit - wie verlautet, den Kronprinzen oder den Prinzen Oskar von Preußen) auf nat.-föj. Kosten nicht eingehen. Der Stahlhelm hat den von ihm begangenen Fehler schon erkannt und wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Wahlgang für sein Ehrenmitglied v. Hindenburg betennen, da „der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen, richtunggebend bestehen bleibt.“

Der Ausgang der zweiten Wahlschlacht, die am 10. April geschlossen wird, steht somit fest: Hindenburg wird gewählt werden und an dieser Zeit die Nationalsozialisten so bitteren Wahrscheinlichkeit werden ihre neuen Kräfteanstrengungen zerschellen.

Ein weiterer Einsender schreibt:

Der Artikel im Sprechsaal in Nr. 63 d. Bl. kann nicht unumtersprochen bleiben. Es ist zuzugeben, daß die Regierung über den letzten Wahlkampf durch Benützung des Kundpunkts gewisse Vorteile gehabt hat, wenn aber dadurch Herr C. Sch. die Niederlage seiner Partei zu verkleinern sucht, überschätzt er diese Vorteile ganz gewaltig. Denn wenn man die flegelhafteren Reden von feinen Parteirednern mit angehört hat, so ist das Resultat trotz Stimmenschwachs eine Niederlage. Was aber die Partei des Herrn C. Sch. gemacht hätte, wenn sie während des Wahlkampfes die Macht in Händen gehabt hätte, kann nur derjenige beurteilen, der die Dinge in Italien verfolgte, als die Faschisten die Macht erobert hatten. Unverkennlich jedoch bleibt es wie ein Wamser, der doch immerhin sein nicht unbedeutliches Gehalt durch das zurzeit bestehende System bekommt, gegen dasselbe immer wieder in Wort und Schrift anklopft. Wenn man der Regierung einen Vorwurf machen kann, so ist es der, daß sie hier nicht schon längst eine Wendung geschaffen hat, denn eine große Zahl von Steuerzahlern ist mit mir darin einig, daß ein Wamser, der über so viel freie Zeit verfügen kann, wie z. B. Herr C. Sch. in lehrer Art, entweder seinen Dienst vernachlässigt, oder nicht voll beschäftigt sein kann.

Hinweise

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen, und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.)

Bund der württ. Neubausbesitzer

Der Zins- und Steuerdruck, sowie die ganzen Auswirkungen der Deflation lasten auf dem Neubausbesitzer besonders schwer, so daß heute viele Neubausbesitzer unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen.

Auch die 4. Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat den Neubausbesitzern keinerlei Entlastung gebracht. Im Gegenteil, die Spannung zwischen Neubaus- und Althausmieten wurde durch sie noch vergrößert, denn Hausmietern wurde durch diese Verordnung die falsche Hoffnung erweckt, daß eine Senkung der Mieten um 15 Prozent und mehr möglich sei.

Dadurch wandern die Mieter in noch stärkerem Maße als bisher in die billigeren Altwohnungen ab.

Auch den Besitzern von Einfamilienhäusern droht infolge des Lohn- und Gehaltsabbaues und der Arbeitslosigkeit und soweit es sich um selbständige Gewerbetreibende handelt, der Preisentfaltung, die Gefahr, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren.

Angeichts dieser alten Gefahr wurde vor einigen Monaten zur gemeinsamen Wahrnehmung der Interessen der Neubausbesitzer der **Bund der württ. Neubausbesitzer** ins Leben gerufen, der heute bereits über 4000 Mitglieder zählt.

Es gibt in Württemberg über 40 000 Neubausbesitzer. Wenn diese ihre Lage verbessern wollen, dann ist es unbedingt notwendig, daß sie sich zusammenschließen. Weder Regierungen noch Parteien, noch sonst jemand, wird für die Neubausbesitzer etwas Durchgreifendes tun, wenn sich diese nicht selber helfen, indem sie sich zusammenschließen. Die noch Bessergestellten müssen denjenigen helfen, die schlechter daran sind und umgekehrt. Herr Jugendrat Krauß-Göppingen spricht am Samstag und Sonntag in Völkensfeld, Willbad und Reichenburg (s. Inserat) über die trostlose Lage des Neubausbesitzers und die notwendigen Abhilfemaßnahmen. Wir empfehlen allen Neubausbesitzern in Stadt und Bezirk, sich für die Vorträge frei zu halten.

Gemeinde Birkenfeld.

Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerpflichtigen der hiesigen Gemeinde wollen ihre

Steuerbüchlein

auf der Polizeiwache abgeben. Wer noch keines besitzt, kann die Ausfertigung auf Zimmer Nr. 12 beantragen. Kassschreiber Wucherer.

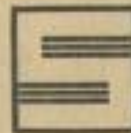
Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld.

Am Samstag den 19. März 1932, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Röfle“ unsere jährliche

Generalversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassen- und Revisionsbericht, 3. Anträge, 4. Verschiedenes. Anträge sind vorher schriftlich beim Kommandanten einzureichen. Wir bitten unsere Mitglieder, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Fehlende werden bestraft.

Die Vermahlung.



KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Damen- und Herren-Halbschuhe für das Frühjahr

 Ruth Damen-Spangenschuhe, feinfarbig, Chevreau, Blauverzierungen, Treibrabst, Größe 36-40 6.50	 Ema Damen-Spangenschuhe, feinfarbig, Chevreau, mit Verzierungen, geschweifte Absatz, Größe 36-40 7.75	 Hilde Damen-Spangenschuhe, braun, Chevreau, mit schlangenimitationverzierungen, Größe 36-39 9.75	 Mia Damen-Bindefschuhe, feinfarbig, Chevreau, mit Verzierungen, hoher geschweifter Absatz, Größe 36-39 12.-
 Karl Herrenhalbschuhe, braun, Kindbox, weiß gedoppelt, schlenke Form, Größe 40-44 6.50	 Heinz Herrenhalbschuhe, teils braun, Kindbox, mit braun Masilbox, Rahmentriebel, Größe 40-44 7.75	 Rolf Herrenhalbschuhe, rotbraun, Kindbox, ganze Zwischenschuh, ohne Kappe, Derby, Größe 40-44 9.75	 Fred Herrenhalbschuhe, rotbraun, Kindbox, Klettverschluss, halbrunde Fellform, Größe 40-44 12.-

60 Inseratenform geschul

Gewerbeschule Neuenbürg.

Die Schülerarbeiten aus dem Schuljahr 1931/32 sind am Sonntag den 20. März, 11-17 Uhr, im Zeichenaal des Schulhauses ausgestellt.
Am Mittwoch den 23. März, 10 Uhr, findet im Zeichenaal die öffentliche **Schlussprüfung** statt.
In beiden Veranstaltungen sind Eltern und Lehrmeister, sowie alle interessierten Kreise freundlichst eingeladen.
Der **Schulvorstand**: Reile, Gewerbeschulrat.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Aus dem Ertrag des Wohl-
tätigkeitskonzerts können

Speise-Kartoffeln

abgegeben werden. Familien,
welche infolge der wirtschaft-
lichen Verhältnisse notleidend,
wollen sich am Montag den
21. ds. Mts., nachm. 5 bis
6 1/2 Uhr, auf dem Rathaus
Zimmer 2, melden.
Bürgermeister Knodel.

Neuenbürg.

Bestellungen auf dieser
Tage entsprechende

la Ruhr-Fettnuß- kohlen II u. Anthracit- Eiformbriketts

nimmt entgegen
Karl Pfister.

Ortsgruppe Neuenbürg

des Bezirks-Obst- u. Gartenbauvereins.
Morgen Samstag abend 1/2 8 Uhr findet
im Lokal („Schiff“) unsere diesjährige

Haupt-Verammlung

mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht, 2. Kassen-
bericht, 3. Neuwahlen, 4. Verschiedenes.
Ein zahlreicher Besuch der Mitglieder wird erwartet.
Der **Ausschuß**.

Freiw. Arbeitslosenbetreuung Neuenbürg.

Heute abend 8 Uhr spricht im Zeichenaal des Schul-
hauses Kasschareiber Schäfer über „Bürgerrecht und
Bürgersteuer“ und Studienrat Braun über „Eine Stunde
Wilhelm Busch-Humor“ (mit Lichtbildern). Eintritt frei.
In der Karwoche fällt der Vortragsabend aus.

Bund der württ. Neuhausbesitzer.

Am Samstag den 19. März 1932, abends 8 Uhr,
im Adler in Birkenfeld,
am Sonntag den 20. März 1932, nachmittags 2 Uhr,
im Schwarzwaldhof in Wilddab,
am Sonntag den 20. März 1932, abends 6 Uhr
im Schiff in Neuenbürg
finden Versammlungen des Bundes der württ. Neuhaus-
besitzer statt. Referent ist Herr Jugendrat Krauß-Göppingen.
Eingeladen sind alle Neuhausbesitzer, die unter der
Zinsen- und Steuerlast leiden. (Siehe redaktioneller Teil).
Viele Neuhausbesitzer.

Birkenfeld.

Für die Konfirmation

empfehle ich:

la Ochsen- u. Rindfleisch, Kalb-
fleisch, Nierenbraten und Brust
zum Füllen.

Feine Bratwürste u. Bauernbratwürste
sowie jämtl. Wurstwaren, ff. Aufschnitt.

Adolf Dittus, Metzgerei.

Auto-Nah- und Fernfahrten

werden zu bedeutend herab-
gesetzten Preisen ausgeführt.

Autovermietung Otto Wild, Höfen a. E.

Telephon 38.

Vieh-Verkauf.



Von Montag den 21. ds. Mts.,
von morgens 8 Uhr ab, steht in der
Stallung des Friedrich König gegenüber
dem Bahnhof in Höfen ein sehr großer,
frischer Transport

erstklassiger, junger **Milchkühe**, ausnahms-
weis schöner, hochträchtiger **Kalbinnen**, sowie
eine große Auswahl **Zucht- u. Einjährkinder**
zum Verkauf und laibel Kauf- und Tauschliebhaber freund-
lichst ein

Manfred Löwengardt, Rexingen.

Neue Hüte



Schräge
Glocke

Exot. Fantasiege-
recht, jugendl.
Bandgarnitur
Seidenfutter

neu M 475



Modische
Kappe

in Rom mit Cello-
phan, sehr feine
Bandgarnitur
Seidenfutter

neu M 650



Apart
Frauenhut

ital. Hochglanz-
Stump, aparte
Bandgarnitur
Seidenfutter

neu M 790

Neue Preise



Elegante
Boleroform

Blumen- und
Bandgarnitur
Seidenfutter

neu M 490



Flotte, schräge
Bügelform

echt Pedalin-
Stump, Seiden-
futter und feste
Band-Garnitur

neu M 875



Spitzer Kopf
Modell Agnes

italien. Fantasie-
Stump, Atelier-
arbeit, aparte
Bandgarnitur
Seidenfutter

neu M 1275

KNOPF

PFORZHEIM

Schriftliche und telefonische Bestellungen werden
prompt erledigt. Gekaufte Waren werden kosten-
los mit unserem Auto zugestellt

Besitentarten liefert rasch
E. Nech'sche Buchdruckerei.

Birkenfeld, 18. März 1932.

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag abend 5 Uhr ist mein lieber
Mann, unser treubestorgter Vater, Bruder, Groß-
vater, Schwiegervater, Onkel und Schwager

Wilhelm Knörzer,

Fürster a. D.,

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von
72 Jahren sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:

Die Gattin: Elise Knörzer, geb. Ziegler.

Die Kinder:

Wilhelm Jauch, Ing., und Frau Mathilde,

geb. Knörzer, mit Kindern.

Walter Zedler, Dent., und Frau Elsa,

geb. Knörzer, mit Kindern.

Willi Knörzer, Bankb., und Frau.

Karl Knörzer, Hauptl., und Frau.

Gertrud Knörzer.

Freig. Mathes, Kaufm., und Frau Maria,

geb. Knörzer, mit Kind.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag

1/3 Uhr statt.

In Gottes heiligem Willen war es gelegen,
unsern lieben, unvergesslichen Vater, Großvater,
Schwiegervater und Bruder

Gottlieb Barth, Holzmeister

im 88. Lebensjahr nach kurzem Leiden uner-
wartet rasch zu sich abzurufen.

Die Beerdigung hat bereits in aller Stille
stattgefunden und sagen wir allen denen, die
dem teuren Verbliebenen das Ehrengelicht zu
seiner letzten Stätte gaben, unseren herzlichsten
Dank. Insbesondere sei für die zahlreichen
Kranz- und Blumenpenden, wie auch für die
in unserem herben Schmerz so wohlthuende Teil-
nahme ebenso herzlich gedankt.

Calmbach,

Regensburg, München, 17. März 1932.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Herrenalb, 16. März 1932.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters

August Pfeiffer, Metzgermeister

und für die in so reichem Maße übersandten

Blumenpenden sagen wir unseren herzl. Dank.

Insbesondere danken wir der Gemein-
schwester Elisabeth für die liebevolle Pflege, dem
Gesangverein Liederkrone und dem Leichendjoch
für den erhebenden Gesang.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie August Pfeiffer.

K.J.V.

Ortsgruppe Neuenbürg.

Morgen Samstag abend

8 Uhr findet bei Wirt Kirn

ein Lichtbilder-Vortrag

über Sowjet-Rußland statt.

Jedermann ist hierzu freund-
lichst eingeladen.

Der **Ausschuß**.

Sommer- Sprossen

werden unter Garantie

durch **VENUS** (Stärke

B)

besetzt. 1,00, 2,75.

Gegen **Pitel, Meißner Stärke A.**

Neuenbürg: Apoth. Bozenhardt.

Herrenalb: Kloster-Drogerie,

Gernsbacherstr. 228.

Sch w a n n.

Kräftiger Junge aus acht-
barer Familie wird als

Gärtner-Lehrling

angenommen.

Gottlieb Geinzer,

Gartenbaubetrieb,
anerkannter Lehrbetrieb.

Neuenbürg.

Warnung!

Warne hiermit Jedermann,

irgendeine Schwärzerei über

mich zu verbreiten, da ich das

Betreffende sonst gütlich be-
lange. **Albert Schmid.**

Feldrennach.

Zu verkaufen insgesamt

ca. 50 Zentner

Heu u. Dehmd.

Schwannerstr. 139.

Kath. Gottesdienst

in Neuenbürg

Samstag, 19. März

(Fest des hl. Joseph)

1/8 Uhr morgens Amt mit

Sprache.

2 Uhr Andacht.

Beichtgelegenheit: Heute Freitag

von 6 Uhr an, und nach der

Falkenandacht. Ebenso Samstag

früh von 5 Uhr an, Sonntag

früh von 7 Uhr an.